

Liebe Leserinnen und Leser,

nach einem kleinen Fortschritt beim G20-Gipfel geht es auf europäischer Ebene erstmal nur langsam voran. Eine Finanztransaktionssteuer wird daher auch dieses Jahr nicht unter dem Christbaum liegen. Die politischen Konflikte in Europa drohen nicht nur die Währungsunion zu zerreißen, sondern nun auch die EU zu spalten. Der britische Schatzkanzler George Osborne sieht die Finanztransaktionssteuer als eine ins Herz der City of London zielende Pistolenkugel, der frühere Premier John Major vergleicht sie gar mit einer "hitzesuchenden Rakete". Unter diesen Bedingungen ist ein EU-Konsens illusorisch. Die Eurozonen-Option wird wohl erst nach einem formalen Beschluss des Europäischen Rats und weiteren Beratungen der Euro-Finanzminister Gestalt annehmen. Das nächste reguläre Ratstreffen ist aber erst Anfang März 2012 - allerdings könnte es bis dahin aber noch den ein oder anderen Sondergipfel geben.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Öffentliche Anhörung im Bundestag
- Stellungnahme des Bundesrats zum Kommissionsentwurf
- Petition von ONE für eine "Steuer gegen Armut"
- Robin Hood Tax Campaign zu Abwanderungsdrohungen
- Kampagnenaktivitäten
- Spenden zum Jahresende

### **Entwicklungen im Inland:**

30. November: Der [Bundestag](#) debattiert in einer öffentlichen Anhörung über die Finanztransaktionssteuer.

26. November: [Deutsche Wirtschaftsverbände](#) agitieren gegen die Finanztransaktionssteuer.

25. November: Der [Bundesrat](#) unterstützt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und bezieht Stellung zum Kommissionsentwurf.

22. November: Hessens Ministerpräsident [Bouffier](#) wehrt sich gegen eine Finanztransaktionssteuer ohne die Briten.

19. November: [CSU-Chef Seehofer](#) plädiert klar für eine Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone.

18. November: Fraktionschefs von [22 konservativen Parteien](#) in Europa sprechen sich für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer aus.

18. November: [BDI-Chef Keitel](#) würde eine Finanztransaktionssteuer akzeptieren.

18. November: [Angela Merkel](#) und der britische Premier David Cameron finden bei der Finanztransaktionssteuer nicht zueinander.

17. November: FDP-Fraktionschef [Rainer Brüderle](#) rügt mit Blick auf die Finanztransaktionssteuer das britische Verhalten.

17. November: CDU-Fraktionschef [Volker Kauder](#) rügt mit Blick auf die Finanztransaktionssteuer das britische Verhalten.

14. November: Kanzlerin [Merkel](#) wirbt beim CDU-Parteitag für eine Finanztransaktionssteuer im Euroraum.

11. November: FDP-Fraktionsvize [Volker Wissing](#) fordert aus haushaltspolitischen Gründen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer.

11. November: Ein Foto von der letzten Aktion unserer Kampagne bebildert ein [Krisen-ABC](#) von ZEIT ONLINE.

9. November: Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion [Peter Altmaier](#) verspricht: "Noch bevor das nächste Jahr vorbei ist, werden wir die Finanztransaktionssteuer bekommen".

2. November: [Oxfam](#) sieht in der Entwicklungshilfe die größten Einschnitte seit 15 Jahren voraus.

### **Entwicklungen im Ausland:**

30. November: Die [Kanalinseln](#) freuen sich über das britische Veto zur Finanztransaktionssteuer.

27. November: Wirtschaftsnobelpreisträger [Paul Krugman](#) wirbt für eine Finanztransaktionssteuer.

27. November: David Harding, der Gründer eines der größten [Hedge-Fonds](#) in London und Großsponsor der britischen Konservativen, unterstützt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

25. November: Der Auswärtige Ausschuss des [französischen Senats](#) unterstützt einhellig einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung.

23. November: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) sieht wachsende Zustimmung zu den Plänen der EU-Kommission für die Finanztransaktionssteuer, besonders innerhalb der Eurozone. Die Kommissionsmitarbeiter wollen nun die skeptischen Länder bereisen und Überzeugungsarbeit leisten.

18. November: Der frühere britische konservative Premier [John Major](#) vergleicht die Finanztransaktionssteuer mit einer "hitzesuchenden Rakete", die auf London abgefeuert würde.

14. November: Der britische Schatzkanzler [George Osborne](#) wehrt sich auf heftigste gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer.

9. November: Die [österreichische Regierung](#) wird sich für eine Finanztransaktionssteuer in der Eurozone einsetzen.

9. November: [Occupy Wall Street](#) erwärmt sich zusehends für eine Finanztransaktionssteuer.

8. November: Der britische Finanzminister [George Osborne](#) erläutert seine ablehnende Haltung zu den Pläne für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer.

8. November: Die [EU-Finanzminister](#) werden sich über die Finanztransaktionssteuer nicht einig. Einige Staaten außerhalb der Eurozone signalisieren Ablehnung. In der Eurozone sind einige Staaten noch

skeptisch gegenüber einer Eurozonen-Lösung. Eine Entscheidung soll erst im Frühjahr fallen.

4. November: Ein [Blogger](#) zweifelt an Sarkozys Willen, eine Finanztransaktionssteuer wirklich durchzusetzen.

4. November: Der indische Premier [Manmohan Singh](#) lehnt eine Finanztransaktionssteuer ab, da sie Kapital verteuere.

3. November: Der [G20-Gipfel](#) endet ohne einen Durchbruch bei der Finanztransaktionssteuer: "Wir erkennen die Initiativen zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen unserer Staaten an", heißt es in der Abschlusserklärung.

3. November: Der russische Präsident [Medwedew](#) meint, rigorose Maßnahmen wie eine Finanztransaktionssteuer und höhere Eigenkapitalvorschriften würden das Finanzsystem lahmlegen, wie dies bereits 2008 der Fall gewesen sei.

2. November: Die US-Abgeordneten [Peter DeFazio](#) und [Tom Harkin](#) legen dem Kongress eine Gesetzesinitiative für eine Finanztransaktionssteuer vor.

2. November: [Ed Miliband](#), der Vorsitzende der britischen Labour-Partei und [Hakan Jucholt](#), der Vorsitzende der schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei werben mit SPD-Chef Sigmar Gabriel für eine weltweite Finanztransaktionssteuer.

1. November: Der kanadische Premier [Stephen Harper](#) lehnt eine Finanztransaktionssteuer ab, da sie Kanadas Finanzinstitute zu sehr belaste, die sich in der Finanzkrise vergleichsweise gut behauptet haben.

1. November: Nur mit Mützen bekleidete [Robin Hoods](#) protestieren beim G20-Gipfel für eine Finanztransaktionssteuer.

1. November: Der [Erzbischof von Canterbury](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer.

## **Öffentliche Anhörung zur Finanztransaktionssteuer im Bundestag**

"Am 30. November berieten über 30 Sachverständige die FinanzpolitikerInnen des Deutschen Bundestags bei ihrem gemeinsamem Anliegen, zügig eine europäische Finanztransaktionssteuer einzuführen. Nach der vorherigen Anhörung im Mai 2010, bei der über das Ob diskutiert wurde, wurde nun konstruktiv über das Wie debattiert." So hätten wir das gerne gehabt - leider verlief die Anhörung eher ernüchternd.

Die Vertreter der Finanzlobby malträtierten die Abgeordneten und Zuhörer mit endlosen Monologen. Die von SPD, Grünen und Linken vorgeladenen Sachverständigen konterten zwar, doch die Vorsitzende des Finanzausschusses war mit der Leitung der Sitzung sichtlich überfordert - so blieb es bei aneinandergereihten Endlos-Stellungnahmen. Bei den von den Koalitionsparteien benannten Sachverständigen war schon im Vorfeld klar, dass die meisten von Ihnen kein Interesse an einer konstruktiven Debatte über die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer haben würden. Die Sitzungsleitung tat ihr übriges: so kamen LINKE und Bündnis 90/Die Grünen in der dreistündigen Anhörung nur ein einziges Mal an die Reihe. Insgesamt war der Erkenntnisgewinn aus der Anhörung eher dürftig.

Empfehlenswert ist dagegen die Lektüre der schriftlichen Stellungnahmen.

Lesenswerte Stellungnahmen:

- [Kampagne Steuer gegen Armut](#)
- [Attac](#)
- [DGB](#)
- [Lieven Denys \(Steuerrechtler, Freie Universität Brüssel\)](#)
- [Heribert Dieter \(Stiftung Wissenschaft & Politik\)](#)
- [Franz Mayer \(Jurist, Universität Bielefeld\)](#)
- [Dorothea Schäfer \(DIW\)](#)
- [Rodney Smith \(North-South Institute, Kanada\)](#)
- [Stephan Schulmeister \(WIFO\)](#)

### [Alle Stellungnahmen](#)

Zur [Aufzeichnung](#) der Anhörung in der Mediathek des Bundestags.

Pressemeldungen:

[Deutscher Bundestag](#)

[Frankfurter Rundschau](#)

Kommentar von [Lisa Paus](#) zur Anhörung.

## **Stellungnahme des Bundesrats zum Kommissionsvorschlag**

Der Bundesrat hat am 25. November eine Stellungnahme zum Richtlinienentwurf der EU-Kommission verabschiedet. Darin begrüßt er ausdrücklich deren Zielsetzung. In einigen Detailfragen bezieht er eine abweichende Stellung. Er fordert einheitliche Steuersätze in der EU und keine Mindeststeuersätze, um einen Steuerwettbewerb zu vermeiden. Einige rechtliche Aspekte sollen überprüft werden, etwa die Möglichkeit des weltweiten Steuervollzugs oder die Vermeidung von Doppelbesteuerungen. Auch sollen die Förderbanken der Länder und andere öffentliche Einrichtungen von der Steuer ausgenommen werden. Der Bundesrat lehnt Durchführungsbestimmungen der EU zu Maßnahmen gegen Steuerumgehung oder -hinterziehung ab, diese Maßnahmen sollen die Länder eigenständig treffen.

Das Land [Baden-Württemberg](#) hatte erfolglos zusätzlich beantragt, die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer als Eigenmittel der EU zu vereinnahmen, die Beiträge der Mitgliedstaaten dafür aber entsprechend abzusenken.

Zum [Beschluss](#) des Bundesrats.

## **Petition von ONE für eine "Steuer gegen Armut"**

Die Entwicklungsorganisation ONE, auch Mitglied unserer Kampagne, führt eine neue Online-Petition an Angela Merkel und Nikolas Sarkozy für unsere Forderung durch. Im Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Präsident, bitte führen Sie in Ihren Ländern mit Ihren europäischen Partnern unverzüglich eine Finanztransaktionssteuer ein und investieren Sie die Einnahmen, um extreme Armut und die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen.

Zum Unterschreiben:

<http://act.one.org/sign/steuergegenarmut>

## **Robin Hood Tax Campaign: Why Big Finance won't leave when Robin arrives**

Banken und andere Finanzinstitute drohen mit Abwanderung - und setzen damit die britische Regierung unter Druck.

Unsere britische Schwesterkampagne hat einen Kommentar verfasst, der sich der verschiedenen Einzelargumente annimmt.

Zum Artikel:

<http://robinhoodtax.org/latest/why-big-finance-won-t-leave-when-robin-arrives>

## **Kampagnenaktivitäten**

### **Nächste Mitgliederversammlung am 2. Februar 2012**

"Die Auseinandersetzung um die Finanztransaktionssteuer ist in eine neue Phase eingetreten. Der Entwurf der Direktive der Europäischen Kommission wird in den nächsten Monaten im Zentrum der Debatte stehen. Jetzt kommt es darauf an, dass der Entwurf nicht durch die Lobby der Finanzindustrie und Regierungen wie die Großbritanniens verwässert oder gar blockiert wird. Zudem wollen wir noch Nachbesserungen erreichen. Bei der Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages am 30. November haben unsere Vertreter unsere Standpunkte gut vertreten, aber die Gegenseite zeigte sich zunehmend abwehrend und aggressiv. Wir haben aber auch in einer internen Diskussion aller Befürworter bemerkt, dass wir uns im weiteren Verlauf der Beratungen noch mehr Expertise in technischen Details aneignen müssen – dazu findet das Steering Committee, dass von uns organisierte Workshops ein guter Weg sein könnten."

Zu diesen Themen findet die nächste Versammlung der Träger von "Steuer gegen Armut" am Donnerstag, den 2. Februar von 11 bis 17 Uhr beim DGB in Berlin statt.

### **FAZ-Anzeige**

Steuer gegen Armut und einzelne Mitgliedsorganisationen warben am 30.11 und 2.12. in einer Anzeige in der FAZ für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Armutsbekämpfung, Entwicklung und Klimaschutz.

### **Spenden zum Jahresende**

Trotz allem ehrenamtlichem Engagement ist die Kampagne auf finanzielle Unterstützung angewiesen. An dieser Stelle bitten wir Sie erneut, die Arbeit der Kampagne auch im kommenden Jahr finanziell zu unterstützen – Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist vieles nichts. Alle Zuwendungen können auf das neue Spendenkonto bei Attac geschickt werden:

Attac Trägerverein e.V.

Kontonr. 6007 726 103

BLZ: 430 609 67 GLS-Bank

Bitte Verwendungszweck "Steuer gegen Armut" angeben. Attac stellt auch Spendenquittungen aus.

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org), auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)